



ایران رپورت

Iran-Report

02/21

Februar 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	10
Wirtschaft	13
Aussenpolitik	18

Iran steht an einem Scheideweg. Nach dem Austritt der USA und der Wiedereinführung von Wirtschaftssanktionen droht das Atomabkommen zu scheitern. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung, die Öffnung nach außen und vor allem auch die Liberalisierung der theokratischen Staatsordnung sind in weite Ferne gerückt. Über den Kurs des Landes, auch über die Rolle Irans in der Region, ist sich die Staatsführung nicht einig. Wie der Machtkampf, der schon seit geraumer Zeit zwischen Konservativen und Reformern tobt, ausgehen wird, ist ungewiss. Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Sarif: „Ich muss Standpunkte verteidigen, an die ich nicht glaube“ / Gelbe Karte für Sarif / Ahmadinedschad warnt vor einem bevorstehenden Krieg / Gewalt gegen Frauen soll bestraft werden / Islamischer Verein: „Wir haben genug von euren Verbrechen“ / Rohani verteidigt seinen Minister für Kommunikation und Technologie / Faeseh Haschemi bedauert Niederlage Trumps / Ein zur Tatzeit Sechzehnjähriger hingerichtet / Bruder des Vizepräsidenten wegen Korruption verurteilt / Pandemie: Chamenei verbietet amerikanische und englische Impfstoffe

SARIF: „ICH MUSS STANDPUNKTE VERTEIDIGEN, AN DIE ICH NICHT GLAUBE“

In einem Interview mit der Zeitung Etemad am 23. Januar schildert Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif, der bereits zweimal öffentlich den Wunsch geäußert hat, auch in der nächsten Regierung als Außenminister arbeiten zu können, seine Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik. Dabei gestand er, dass er Standpunkte vertreten müsse, von denen er selbst nicht überzeugt sei.

„Wenn ich auf einer internationalen Bühne auftrete, bin ich ein Vertreter des gesamten Staates. Daher muss ich auch Standpunkte vertreten, an die ich nicht glaube“, sagte der Minister. „Ich verteidige manche Aktivitäten und Entscheidungen, die nach meiner Auffassung nicht im Interesse meines Landes sind. Diese Entscheidungen und Aktivitäten wurden nicht von mir getroffen bzw. verordnet, aber ich bin als Außenminister der Islamischen Republik verpflichtet, jede Entscheidung, gleichgültig wer sie getroffen hat, zu verteidigen, auch wenn ich damit nicht einverstanden bin.“

In der Islamischen Republik werden die Richtlinien der Außenpolitik von Revolutionsführer Ali Chamenei festgelegt. Die Regierungen, beziehungsweise die Außenminister, müssen sich an diese Richtlinien halten.

„Ich habe bei der Gestaltung des Atomabkommens eine größere Rolle gespielt, bei unserer Politik in der Region war meine Rolle kleiner, bei unserer Beziehung zu Russland und China war meine Rolle herausragend, ebenso bei den Beziehungen zu lateinamerikanischen Staaten. Ich sage nicht, dass ich bei unserer Politik in der Region keine Rolle gespielt habe, sie war aber gering. Trotzdem musste ich die Außenpolitik in der Region umsetzen und verteidigen“, sagte Sarif weiter.

Es habe sogar einige außenpolitische Entscheidungen gegeben, die gezielt seinen politischen Kurs torpedieren sollten. Auch diese habe er stets nach außen verteidigt, gestand Sarif.

Auf die Frage, zu wieviel Prozent er in der fast achtjährigen Amtszeit als Außenminister an der Gestaltung der Außenpolitik teilgehabt habe, antwortete Sarif: „zu null Prozent“. Das gelte für sämtliche Außenminister.

„Ich bin sicher, nichts unternommen zu haben, um der Bevölkerung eine zusätzliche Last aufzubürden. Allerdings habe ich es auch nicht vermocht, so sehr wie ich es mir wünschte, die Menschen zu entlasten“, sagte Sarif. Zu den paramilitärischen Gruppen im Nahen Osten, die mit den iranischen Revolutionsgarden in Verbindung stehen, sagte der Außenminister, diese Gruppen seien keine „Stellvertreter“. „Wir kaufen keine Söldner, das ist der Unterschied zwischen uns und anderen. (...) Allerdings war es in den Zeiten, in denen die Islamische Republik finanziell besser dastand, durchaus möglich, dass unsere Freunde uns um Unterstützung baten, die wir ihnen auch gewährten. Doch unsere Möglichkeiten sind seit einigen Jahren beschränkt. Daher wurden sie für unsere eigene Bevölkerung eingesetzt. (...) Alle vorhandenen Mittel wurden für die eigene Bevölkerung ausgegeben“, betonte noch einmal der Minister.

Sarif berichtete, er habe sich gleich in den ersten Tagen nach seiner Amtsübernahme (2013) gemeinsam mit General Ghassem Soleimani (Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade) um bessere Beziehungen zu Saudi-Arabien bemüht. Er habe einen Brief an den saudischen Außenminister geschrieben, an dem auch Soleimani beteiligt gewesen sei. Darin habe er dem Minister einige Vorschläge zur Lösung der Probleme in Libanon, Syrien, Irak und Jemen unterbreitet. Doch Feisal habe geantwortet: „Mischen Sie sich in Angelegenheiten arabischer Länder nicht ein.“ Diese Antwort sei „höchst resignierend“ gewesen, sagte Sarif.

Die Konflikte mit den USA seien „sehr kostspielig“ gewesen, fuhr der Minister fort. „Nach meiner persönlichen Meinung, die nicht die Meinung unseres Staates ist, müssen wir den Amerikanern klar und deutlich mitteilen, wie wir uns unsere Beziehung zu ihnen vorstellen. Wir müssen ihnen sagen, dass wir in Bezug auf Israel mit ihnen nicht kooperieren werden. Das wird ein Konflikt zwischen uns bleiben. Wir werden ihnen nicht erlauben, sich in innere Angelegenheiten unseres Landes einzumischen. Aber wir haben kein Problem, in Bezug auf den Öllexport und die Sicherheit im Persischen Golf mit ihnen zusammenzuarbeiten“, sagte Sarif.

Sarif ist derzeit der Einzige aus dem Lager der Reformer und Gemäßigten, der in Iran als möglicher Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten gehandelt wird. Er hat sich bislang nicht eindeutig dazu geäußert. In einem Interview mit der Zeitung „Hamdeli“ sagte er am 18. Januar: „Ich ziehe es ja vor (nach der Wahl Mitte Juni) als Dozent an der Universität zu arbeiten, aber Gottesschicksal kann man nicht ändern und auch nicht dagegen ankämpfen.“

Im selben Interview reagiert Sarif auf die Kritik zu seiner Äußerung, die Menschen in Iran hätten mit ihrer massenhaften Teilnahme an der Trauerfeier für General Soleimani gezeigt, dass sie mit der Islamischen Republik zufrieden seien und sich für die Politik dieses Staates entschieden hätten. Wenn sie gegen den Staat gewesen wären, hätten sie nicht an der Trauerfeier teilgenommen.

„Ja, die Menschen haben sich für diesen Staat entschieden, haben gezeigt, dass sie die Politik des Widerstands unterstützen. Soleimani war ein Symbol des Widerstands“, sagte Sarif. „Ich habe gesagt, die Menschen haben sich für einen Staat entschieden, der nicht so sein soll wie Saudi-Arabien. Der Unterschied zwischen Saudi-Arabien und uns ist, dass die Saudis sich den Amerikanern unterwerfen, wir tun das nicht.“ Es sei schon möglich, dass manche zu Hause sitzen und sich kritisch äußern, „dass sie unsere Politik in Syrien ablehnen. Aber wenn sie entscheiden sollen, entscheiden sie sich für den aufrechten Gang, für die Politik des Widerstands.“

GELBE KARTE FÜR SARIF

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif erhielt bei der Debatte im Parlament am 19. Januar eine gelbe Karte. Der Abgeordnete Dschawad Karimi Ghoddussi hatte Sarif aufgefordert, zu begründen, warum er nach dem Terroranschlag auf General Ghassem Soleimani den Amerikanern Bereitschaft zu Verhandlungen signalisiert habe. Zudem hatte er dem Minister vorgeworfen, eine Woche vor dem Anschlag einen israelischen Offizier mit dem Namen Bergmann getroffen zu haben.

Auch der Abgeordnete Abolfasl Amuii fragte, was den Minister dazu veranlasst habe, sich drei Wochen nach dem Anschlag gegen General Soleimani um Verhandlungen mit den USA zu bemühen. Er habe diese Frage bereits im September im Ausschuss für Nationale Sicherheit und Außenpolitik gestellt, aber da sei Sarif der Sitzung unentschuldig ferngeblieben.

Sarif sagte, das Treffen mit dem israelischen Offizier sei zustande gekommen, um „einen anderen Soleimani, Dr. Masud Soleimani, den iranischen Professor und Forscher“ zu befreien.

Der Hämatologe Masud Soleimani war im Oktober 2018 wegen des Verstoßes gegen US-Sanktionen in den USA inhaftiert worden. Er hatte ohne Genehmigung biologisches Material nach Iran exportiert. Im Dezember 2019 wurde er im Zuge eines Gefangenenaustauschs aus der Haft entlassen.

Sarif sagte: „Die Person, ein Amerikaner, mit dem die Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch geführt wurden, hatte einen Begleiter mitgebracht. Wir stellten später fest, dass dieser Mann zehn Jahre zuvor in Israel gewesen war. Ich kannte ihn nicht und wusste nicht, wer er war. Er machte sich nur Notizen, später hat er Fotos mit mir gemacht.“

„Wenn ich bei Verhandlungen lache, tue ich es nur, um unseren Widerstand gegen die Machenschaften der anderen Seite zu demonstrieren“, sagte Sarif weiter. Zu der Bereitschaft zu Verhandlungen mit den USA sagte er, er habe in einem Interview mit dem Spiegel auf die Frage, ob er nach dem Attentat auf Soleimani Verhandlungen mit den USA ablehne, geantwortet: „Ich schließe nie aus, dass Menschen sich ändern und die Realitäten erkennen und akzeptieren können.“

Die Mehrheit der Abgeordneten war mit den Erläuterungen Sarifs nicht zufrieden. Von den 259 anwesenden Abgeordneten stimmten 173 gegen und 55 für ihn; 18 Abgeordnete enthielten sich.

AHMADINEDSCHAD WARNT VOR EINEM BEVORSTEHENDEN KRIEG

Der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad warnte in einem Schreiben an Präsident Hassan Rohani vor einem bevorstehenden Krieg in der Region. Er forderte die Verantwortlichen auf, alles zu unternehmen, um einen Krieg zu vermeiden. „Ein neuer zerstörerischer Krieg im Nahen Osten und am Persischen Golf ist geplant und soll bald umgesetzt werden“, schrieb er auf Telegram. Alle Verantwortlichen seien verpflichtet, Vorkehrungen zu treffen, um einen Krieg zu vermeiden. Es sei selbstverständlich, dass ein Krieg für die Staaten und Völker der Region erhebliche Verluste bringen würde.

Offenbar hat die Zuspitzung des Konflikts zwischen Iran und den Vereinigten Staaten Ahmadinedschad zu dieser Stellungnahme veranlasst. Beide Seiten warnten immer wieder vor Provokationen, die zu einem „Brand“ führen könnten. US-Medien hatten berichtet, Iran könnte möglicherweise zum Jahrestag der Tötung von General Ghassem Soleimani Angriffe gegen amerikanische Soldaten starten, die im Irak oder am Persischen Golf stationiert seien. Zudem hatte US-Präsident Donald Trump Iran und die mit Iran verbundenen militanten Gruppen für den Raketenangriff gegen die amerikanische Botschaft in Bagdad verantwortlich gemacht.

Um einem Angriff Irans vorzubeugen, hatten die USA ihre militärische Präsenz im Persischen Golf erheblich erhöht, was Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif dazu veranlasste, den Amerikanern vorzuwerfen, sie wollten mit ihren Provokationen Iran zu Reaktionen verleiten, um diese als Vorwand zu einem Angriff benutzen zu können.

GEWALT GEGEN FRAUEN SOLL BESTRAFT WERDEN

Am 3. Januar verabschiedete das Parlament ein Gesetz, wonach jedes Verhalten gegen Frauen, das physische oder psychische Schäden verursacht oder ihre Persönlichkeit und Würde verletzt, als Gewalt betrachtet und mit Freiheitsentzug bestraft werden soll.

Die Regierung, die den Gesetzesentwurf vorgelegt hatte, erklärte, das Gesetz solle „die Würde und die Stellung der Frauen“ schützen und das „Fundament der Familie festigen“. Über Gewalt gegen Frauen in der Familie wurde immer wieder diskutiert, aber es hat lange gedauert, bis es zu einem Beschluss des Parlaments kommen konnte.

Zum ersten Mal wurde in der Regierung von Mahmud Ahmadinedschad von der Notwendigkeit eines Gesetzes gesprochen, das Gewalt gegen Frauen verbietet. Zwei Jahre später legte die für Frauen und Familie verantwortliche Vizepräsidentin Schahindocht Molaverdi einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor, der immer wieder zur Debatte gestellt, korrigiert und ergänzt wurde. Die Gegner des jetzt verabschiedeten Gesetzes waren der Meinung, das Gesetz werde den Zusammenhalt der Familie zerstören und die Autorität des Familienoberhauptes (das heißt des Mannes) schwächen. Zudem sei das Gesetz eine billige Nachahmung westlicher Umgangsformen. Schließlich könne man mit Strafandrohungen das Fundament der Familie nicht stabilisieren.

Die seit 2017 für Frauen und Familie verantwortliche Vizepräsidentin, Masumeh Ebtekar, schrieb auf Twitter: „Heute kann endlich das Ergebnis der Bemühungen von Dutzenden von Juristen, Richtern und Regierungsmitgliedern den verdienstvollen, gedulden Frauen präsentiert werden. Das Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen wurde heute nach Hunderten Arbeitsstunden von Sachverständigen verabschiedet.“

In dem Gesetz, das aus 58 Paragraphen besteht, heißt es unter anderem: „Wenn ein Mann, gegen den Willen einer Frau, ihr über Kommunikationsmittel oder auf andere Wege unangenehme Botschaften oder Fotos schickt und ihr damit psychische Qualen zufügt, wird er nach Stufe 7 zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Falle von obszönen Botschaften und Fotos wird er nach Stufe 6 und im Falle der Wiederholung nach Stufe 5 verurteilt.“

Sollte ein Mann eine ansteckende Krankheit haben und trotzdem mit seiner Frau Geschlechtsverkehr ausüben, was zum Tod der Frau führt, wird er wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Ein Mann, der seine Frau aus der gemeinsamen Wohnung hinauswirft oder sie daran hindert, die Wohnung zu betreten, wird nach Stufe 7 mit Gefängnis bestraft. Wer durch Zwang, Drohung, List, Lüge oder Ausnutzung der eigenen Macht seine Frau dazu bringt, aus dem Haus zu flüchten, wird nach Stufe 7 verurteilt.“

Das Gesetz verpflichtet die Justiz, Büros zum Schutz der Frauen einzurichten. Dafür müssen die Mitarbeiter eine besondere Ausbildung bekommen.

Die Polizei wird verpflichtet, Sondereinheiten zu bilden, um Frauen Schutz gewähren zu können. Dafür sollen Polizistinnen geschult werden. Die Sondereinheiten sollen besonders an Orten arbeiten, an denen Gewalt gegen Frauen häufiger vorkommt.

Das Justizministerium wird verpflichtet, einen Fonds zum Schutz von Frauen einzurichten, die Gewalt erfahren haben oder denen Gewalt droht. Mit dem Fonds soll für Frauen, die im Gefängnis sind, eine Ausbildung finanziert werden.

Das Ministerium für Lehre und Bildung ist verpflichtet, Unterrichtspläne für Schüler, Lehrer und Eltern vorzulegen. Das Ministerium muss dafür sorgen, dass Mädchen, die ohne Fürsorge sind oder eine schlechte Fürsorge bekommen und folglich keine schulische Ausbildung erhalten oder Gewalt ausgesetzt sind, in einem Internat ihre Schulausbildung nachholen können.

Das Gesundheitsministerium ist verpflichtet, medizinische Spezialzentren für Frauen einzurichten, in denen Frauen medizinisch beraten und psychotherapeutisch behandelt werden können. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Zentren müssen für diese

Tätigkeit eine besondere Ausbildung erhalten. Die Kosten für die Behandlung mittelloser Frauen werden vom Ministerium übernommen.

ISLAMISCHER VEREIN: „WIR HABEN GENUG VON EUREN VERBRECHEN“

Der „Islamische Verein“ der Universität Scharif in Teheran bezeichnete in einer Erklärung vom 9. Januar die Führung der Islamischen Republik als „Verbrecher“ und „Lügner“. Anlass der Erklärung war der Jahrestag des Absturzes der ukrainischen Passagiermaschine in Teheran, bei dem 176 Menschen ums Leben kamen, darunter 16 Absolventen der Scharif Universität.

„Wir sagen klar und deutlich: Wir verabscheuen euch“, schreiben die Autoren. „Wir verabscheuen eure Lügen, eure Verantwortungslosigkeit, eure Unfähigkeit, eure Verbrechen, für die ihr nicht bereit seid, die Verantwortung zu übernehmen.“

Die Autoren werfen der Staatsführung vor, sich zu weigern, zu dem Tod von 176 Personen Stellung zu nehmen. Doch sie beklagen nicht nur die Toten, die beim Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine ums Leben kamen. In der Erklärung, die durch Twitter und Telegram verbreitet wurde, werden die „blutigen Ereignisse“ der zwei vergangenen Jahrzehnte erwähnt. Namentlich werden Neda Aghasoltani und Mohssen Ruhalamini erwähnt, die bei den Unruhen von 2009 getötet wurden. Die Autoren verweisen auch auf die Opfer bei den Unruhen im November 2019, unter denen sich auch der minderjährige Arbeiter Mohssen Mohammadpur befand. Erwähnt wird auch der Student Said Sinali, der bei den Protesten im Juli 1999 festgenommen wurde und danach spurlos verschwand. „Seine Eltern sind immer noch auf der Suche nach ihm“, heißt es in der Erklärung.

Die Autoren entschuldigen sich im Namen der Universität Scharif beim iranischen Volk dafür, dass „wir nicht in der Lage waren, den Dreistigkeiten und Unverschämtheiten gebührend Widerstand zu leisten, um die Staatsführung zur Verantwortung ziehen zu können“. Sie betonen, dass sie sich trotz Repressionen, Festnahmen und Drohungen weiterhin wehren werden. „Wir werden Widerstand leisten, bis zu dem Tag, an dem Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand in unserem Land zur Blüte gelangen.“

Man könne von diesem Staat nicht erwarten, dass er für die eigenen Taten Verantwortung übernimmt. „Denn in diesem Land ist das Leben seiner Bürger nicht mehr wert als Bälle beim Polospiel. Es genügt, wenn du ein Iraner bist, dann kann man dein Blut vergießen und jede Verantwortung dafür ablehnen.“

ROHANI VERTEIDIGT SEINEN MINISTER FÜR KOMMUNIKATION UND TECHNOLOGIE

Präsident Hassan Rohani hat verärgert auf die Einbestellung des Ministers für Kommunikation und Technologie reagiert. „Bestellt mich ein und nicht meinen Minister“, sagte er auf einer Kabinettsitzung am 27. Januar. „Man kann doch niemanden wegen der Einführung des Breitbands verurteilen. Das habe ich verordnet. Verfolgt mich, wenn ihr jemanden deswegen verfolgen wollt.“

Eine Woche zuvor war Mohammad Dschawad Asari Dschahromi von der Staatsanwaltschaft einbestellt worden. Er wurde nach einem Verhör mit Auflagen entlassen. Grund der Einbestellung war den Medien zufolge, eine Anordnung der Justiz, Instagram zu filtern, nicht befolgt zu haben. Doch die Staatsanwaltschaft gab bekannt, dass dies nicht der einzige Grund gewesen sei.

Dschahromi wies den Vorwurf der Justiz zurück. „Kein Gesetz schreibt dem Minister für Kommunikation vor, Zensurverordnungen der Justiz durchzusetzen“, sagte er.

FAESEH HASCHEMI BEDAUERT NIEDERLAGE TRUMPS

Faeseh Haschemi, Tochter des inzwischen verstorbenen früheren Präsidenten Haschemin Rafsandschani, erklärte in einem Interview mit dem Nachrichtenportal Ensaf News am 10. Januar, das auf Instagram live gesendet wurde: „Aus der Sicht einer Iranerin hätte ich es begrüßt, wenn (US-Präsident Donald) Trump wiedergewählt worden wäre. Wäre ich aber eine Amerikanerin, hätte ich Trump nicht gewählt. (...) Die Menschen in Iran drängten seit Jahren vergeblich auf Reformen. Sie werden unterdrückt und mit Gewalt zurückgedrängt. Vielleicht hätte die Fortsetzung der US-Sanktionen die Führung doch noch dazu gezwungen, einen anderen politischen Kurs einzuschlagen.“

Faeseh Haschemi übt seit einigen Jahren scharfe Kritik gegen die Führung der Islamischen Republik. Ihr Vater, der acht Jahre lang Staatspräsident und Träger von anderen hohen Ämtern war, gehörte zu den einflussreichsten Politikern des Landes. Sie war eine Zeit lang Abgeordnete im Islamischen Parlament.

Ihr Bruder, Mohssen Haschemi, Vorsitzender des Stadtrats von Teheran, forderte sie in einem offenen Brief auf, sich für ihre Äußerung zu entschuldigen. „Ich weiß, dass man mit dir, deiner Familie und deinem Sohn ungebührlich umgegangen ist, was dich möglicherweise zur Radikalität veranlasst und dazu geführt hat, von dem liberalen Weg unseres Vaters abzuweichen“, schrieb er. „Du kannst aber deine Hoffnungen nicht auf den Präsidenten eines fremden Landes setzen und zugleich nationale Unabhängigkeit fordern. (...) Ich möchte dich bitten, deine Äußerungen zurückzunehmen und dich dafür zu entschuldigen und nicht zuzulassen, dass der Ruf unseres Vaters von ausländischen Feinden und einheimischen Ultras geschädigt wird.“

„Die Freunde unseres Vaters und unsere Verwandten haben sich über dein Interview geärgert“, schrieb Mohssen Haschemi weiter. „Weißt du, dass Trump auf eine emotionale und unvernünftige Reaktion Irans hoffte, um das Feuer eines Krieges entfachen zu können? Die Klugheit der Führung unseres Landes, insbesondere die Weitsicht des Revolutionsführers, hat dazu geführt, dass die Verschwörung scheiterte. Iran überstand mit erhobenem Haupt die schwerste Periode der Sanktionen und Trump erlitt eine schwere Niederlage.“ Trump kenne nichts anderes als Drohung, Wortbruch, Sanktionen, Terror und Beleidigung Irans. „Er ist ein Lump und ein Taschentrickspieler.“

Die ultrarechte Tageszeitung Kayhan schrieb, Faeseh Haschemi sei ein Prototyp der „sogenannten Reformer“, die das fünfte Rad der USA und Israels bildeten. Unter dem Deckmantel der Diplomatie seien sie bestrebt, die Interessen der Feinde in Iran durchzusetzen.

EIN ZUR TATZEIT SECHZEHNJÄHRIGER HINGERICHTET

Menschenrechtsaktivisten zufolge wurde Mohammad Hassan Resai, der zur Tatzeit 16 Jahre alt war, am 31. Dezember hingerichtet. Wie die Menschenrechtsorganisation Amnesty International berichtete, fand die Hinrichtung in der im Norden des Landes gelegenen Stadt Rascht statt.

Iran ist nach China das Land mit den meisten Hinrichtungen. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung steht Iran sogar weltweit an erster Stelle. Die Hinrichtungen finden in den meisten Fällen ohne Kenntnis der Öffentlichkeit statt. Nicht selten widersprechen Todesurteile den bestehenden sich nach islamischen Grundsätzen richtenden Gesetzen.

Resai war zur Zeit seiner Hinrichtung 30 Jahre alt. Er war als Minderjähriger an einem Gruppenstreit beteiligt gewesen. Dabei war eine Person durch Messerstiche ums Leben gekommen. Resai wurde als Täter zum Tode verurteilt. Menschenrechtsaktivisten

erklärten, er sei als Jugendlicher isoliert und gefoltert und schließlich zu falschen Geständnissen gezwungen worden.

Die Hohe Kommissarin der UNO für Menschenrechte, Michelle Bachelet, verurteilte in einer Erklärung die Hinrichtung Resais. Es sei beschämend, dass Iran Menschen unter 18 Jahren, die eine Straftat begehen, hinrichten lässt, sagte sie. Resai ist mindestens der dritte, der 2020 hingerichtet wurde, obwohl er zur Tatzeit minderjährig war.

BRUDER DES VIZEPRÄSIDENTEN WEGEN KORRUPTION VERURTEILT

Die iranische Justiz gab am 2. Januar bekannt, dass der Bruder des Vizepräsidenten, Mehdi Dschahangiri, wegen Korruption und „professionellen Devisenschmuggels“ zu zwei Jahren Haft verurteilt worden sei. Ferner müsse er das geschmuggelte Geld zurückzahlen und die vierfache Summe als Strafe bezahlen. Laut Angaben der Justiz handelte es sich bei dem Devisenschmuggel um eine Summe von 607.100 Euro und 108.000 Dollar. Das Urteil sei rechtskräftig, eine Berufung nicht möglich, hieß es.

Wie Justizsprecher Gholamhossein Esmaili der Presse mitteilte, wurde Dschahangiri auch in einem anderen Fall wegen Veruntreuung von Geldern verurteilt.

Mehdi Dschahangiri war im Oktober 2017, wenige Monate nach der zweiten Amtsperiode der Regierung von Hassan Rohani, von Revolutionsgarden festgenommen worden. Sein Bruder, Eshagh Dschahangiri, erklärte damals, er hoffe, dass es dabei nicht um politische Abrechnungen gehe und dass sein Bruder gerecht behandelt werde.

Mehdi Dschahangiri war Direktor der Tourismusbank, einer Privatbank, die er mit einigen Freunden gegründet hatte. Zudem gehörte er dem Leitungsgremium der Industrie- und Handelskammer von Teheran an. Nach seiner Festnahme sagte er, die Bank sei „gänzlich privat“ und von niemandem und von keiner Regierungsbehörde abhängig. Demnach könne es keine Veruntreuung von Staatsgeldern gegeben haben.

Auch der Bruder von Präsident Hassan Rohani, Hossein Fereidun, wurde im Oktober 2019 wegen Korruption zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

PANDEMIE: CHAMENEI VERBIETET AMERIKANISCHE UND ENGLISCHE IMPFSTOFFE

Seit Wochen wird in Iran darüber gestritten, welche Impfstoffe gegen das Coronavirus verwendet werden sollen. Iran selbst hat einen Impfstoff produziert, der aber längst nicht ausreichend getestet worden ist. Dennoch lehnen einflussreiche Hardliner den Import von Impfstoffen aus dem Ausland ab.

Demgegenüber erklärte das Institut für Immunologie und Allergie am 2. Januar, es sei dringend nötig, Impfstoffe aus dem Ausland einzuführen. „Jede Verzögerung kann schlimme Folgen haben“, hieß es in der Erklärung des Instituts. „Angesichts der raschen Verbreitung der Pandemie, der Zunahme der Infizierten und Toten und der eingeschränkten Versorgungskapazitäten sowie in Anbetracht dessen, dass eine Massenproduktion des eigenen Impfstoffs nicht möglich ist, wird dringend empfohlen, Impfstoffe aus dem Ausland einzuführen“, schreiben die Autoren. Sie fordern die Verantwortlichen auf, die Bevölkerung über tatsächlich vorhandene Möglichkeiten und Kapazitäten zu informieren und „leere Worte und hohle Ankündigungen“ zu unterlassen. Für die Beurteilung des Impfstoffs seien Experten zuständig. Andere sollten sich mit Äußerungen in den Medien zurückhalten.

Kianusch Dschahanpur, Sprecher des Gesundheitsministeriums, sagte am 1. Januar: „Wir haben vier Möglichkeiten, um Impfstoffe zu besorgen: direkt aus dem Ausland zu kaufen, sie von der Weltgesundheitsorganisation zu bekommen, gemeinsam mit einem anderen Land zu produzieren und Impfstoffe selbst zu produzieren.“

Zwei Tage zuvor hatte Mahmud Waesi, Büroleiter des Präsidenten, erklärt, die Regierung habe mit Kroatien und China Vereinbarungen über den Kauf von 20 Millionen Dosen Impfstoff erzielt und sei zudem über den Kauf von weiteren Impfstoffen mit Indien und Russland in Verhandlung. Zudem sei Iran dabei, gemeinsam mit Kuba einen neuen Impfstoff zu produzieren.

Am 1. Januar versammelte sich eine Gruppe von Gegnern des importierten Impfstoffs vor dem Gesundheitsministerium. Auch der Viz Koordinator der Revolutionsgarden General Mohammad Resa Naghdi lehnte importierte Impfstoffe ab. „Die Produzenten des Impfstoffs im Ausland haben den Plan, die Weltbevölkerung um 20 Prozent zu reduzieren“, sagte er. „Das kann nur durch Steigerung der Todesraten erreicht werden.“ Naghdi forderte die Bevölkerung, insbesondere die Angehörigen der Streitkräfte, auf, sich nicht mit ausländischen Impfstoffen impfen zu lassen.

Auch Revolutionsführer Ali Chamenei mischte sich in die Debatte ein. Bei einer Rede am 8. Januar, die vom staatlichen Fernsehen direkt übertragen wurde, sagte er: „Der Import von amerikanischen und britischen Impfstoffen ist verboten.“ Mit Blick auf die hohe Zahl der durch das Coronavirus gestorbenen Menschen in den USA sagte Chamenei: „Wenn die Firma Pfizer in der Lage ist, Impfstoffe herzustellen, dann soll sie sie zunächst im eigenen Land testen. Wir wollen nicht, dass unser Land zum Testlabor für unsichere Impfstoffe wird. Wer weiß, ob die beiden Länder (USA und Großbritannien) andere Völker nicht vergiften wollen.“ Zugleich lobte Chamenei die „erfolgreichen Versuche“, Impfstoffe im eigenen Land zu produzieren.

Nach offiziellen Angaben lag die Zahl der Corona-Toten in Iran Anfang Januar insgesamt bei mehr als 55.000. Nach Einschätzung der Experten liegt die Zahl doppelt so hoch. Auch die vom Gesundheitsministerium mitgeteilte Gesamtzahl der Infizierten von 1,3 Millionen soll weit höher liegen.

Chameneis Äußerung stieß im In- und Ausland auf Kritik. Die Weltgesundheitsorganisation forderte, Epidemie und Impfstoffe nicht zu politisieren. Amnesty International warf dem Revolutionsführer vor, „das Recht der Menschen auf Leben und Gesundheit“ zu ignorieren. „Der Führer spielt mit dem Leben von Millionen Menschen“, hieß es in einer Stellungnahme der Menschenrechtsorganisation. Diese Ignoranz sei „beschämend“. Auch die iranische Führung müsse die Rechte der Menschen achten.

Auch iranische Ärzte und Wissenschaftler kritisierten das Verbot. Dr. Mohammad Resa Safarghandi, Vorstandsmitglied der iranischen Ärztekammer und einige seiner Kollegen und Kolleginnen schrieben einen Brief an Präsident Rohani, in dem sie die Regierung aufforderten, jede Möglichkeit zu nutzen, um so rasch wie möglich die Bevölkerung mit Impfstoff zu versorgen. Nur so lassen sich „die Ketten der Epidemie“ brechen. Die Produktion eines Impfstoffs im eigenen Land werde zu lange dauern. Iran müsse sich ungeachtet politischer Aspekte um die Einfuhr von wirksamen Impfstoffen bemühen, gleichgültig aus welchem Land und von welcher Firma.

Demgegenüber verteidigte Gesundheitsminister Said Namaki die Position des Revolutionsführers. Der Revolutionsführer habe einige wissenschaftliche Abhandlungen über amerikanische und britische Impfstoffe gelesen und sei zu dem Schluss gelangt, dass die Impfstoffe für die Menschen schädlich sein könnten. „Jetzt, wo der Revolutionsführer erfahren hat, dass diese Impfstoffe schädlich sein könnten, hat er wie ein Familienvater das Recht, die Verantwortlichen auf mögliche Gefahren hinzuweisen“, sagte der Minister.

Am 11. Januar richteten 200 der 290 Abgeordneten im Parlament einen Appell an die Regierung, die Einfuhr von westlichen Impfstoffen zu verbieten. „Da es in einigen Fällen nach der Injektion der Impfstoffe, unter anderem des Impfstoffs von Pfizer, zu akuten Nebenwirkungen und gar Todesfällen gekommen ist, sollte die Regierung die Einfuhr von westlichen Impfstoffen verbieten“, schrieben die Unterzeichner des Appells.

Auch Justizchef Ebrahim Raisi erklärte am 11. Januar, die Entscheidung des Revolutionsführers, Impfstoffe aus den USA und Großbritannien zu verbieten „dient dem Schutz der Bevölkerung vor jenen, die ungeachtet des Lebens der Menschen nur eigenen Interessen folgen“. Die Produktion des Impfstoffs im eigenen Land stärke das Selbstvertrauen, das „die Grundlage der neuen islamischen Kultur“ bilde. „Manche sind mit dem Selbsterniedrigungsvirus infiziert, was gefährlicher ist als das Coronavirus.“

Das kubanische Außenministerium teilte am 10. Januar mit, Teheran und Havanna seien übereingekommen, den Corona-Impfstoff Soberana 02 in Iran zu testen. Einer Meldung der dpa vom 10. Januar zufolge soll der Impfstoff in Phase III der klinischen Tests an einer größeren Zahl von Menschen erprobt werden.

Am 16. Januar gab Präsident Rohani bekannt, Iran werde im März mit der Massenimpfung beginnen. „Wir werden mit der Impfung vor dem Ende des Jahres (21. März) beginnen“, zitiert dpa den Präsidenten. „Priorität haben zunächst Ärzte und Pfleger“, sagte er. Offenbar soll bis dahin der in Kuba produzierte Impfstoff ausreichend getestet worden sein.

KULTUR

Protestkundgebung von Theaterkünstlern vor dem Parlament / Journalist Mohammad Mossaed in türkischer Haft / Kult um General Soleimani

PROTESTKUNDGEBUNG VON THEATERKÜNSTLERN VOR DEM PARLAMENT

Eine Gruppe von Theaterkünstlern versammelte sich am 14. Januar vor dem Parlament; darunter befanden sich auch die Vorstandsmitglieder des „Hauses des Theaters“ und Vertreter anderer Verbände. Schweigend überreichten sie dem Parlament eine gemeinsame Erklärung. Iradsch Rad, Vorstandschef des „Hauses des Theaters“ sagte, die Erklärung enthalte die Forderungen der Theaterkünstler, die bereits einzelnen Abgeordneten überreicht worden seien. Asghar Hemmati, Sprecher des Hauses, betonte, die Kundgebung sei nicht politisch, sondern rein kulturell. Es gehe um konkrete Forderungen, die durchgesetzt werden müssten.

Bei den Forderungen, die in der Erklärung gestellt wurden, handelt es sich um finanzielle Unterstützung der Theaterkünstler. Die Künstler verlangen auch Anleihen mit niedrigen Zinsen für Künstler, die im Theater beschäftigt waren und seit elf Monaten infolge der Pandemie arbeitslos sind. Gefordert wird weiterhin eine Aufstockung der staatlichen Unterstützung, Arbeitslosengeld sowie soziale Fürsorge.

JOURNALIST MOHAMMAD MOSSAED IN TÜRKISCHER HAFT

Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat in einem am 18. Januar veröffentlichten Brief die türkische Regierung aufgefordert, eine Ausweisung des iranischen Journalisten Mohammad Mossaed zu unterlassen. Mossaed war am 17. Januar beim Grenzübertritt von Iran in die Türkei von der türkischen Polizei in Gewahrsam genommen worden. Es bestehe die dringende Gefahr, dass er an Iran ausgeliefert werde, heißt es in dem Brief.

Die Organisation hatte Mossaed am 19. November mit einem Preis ausgezeichnet. Sie teilte mit, dass Mossaed sie über seine Lage informiert habe. Der Journalist befinde sich derzeit in einem Krankenhaus. Die Polizei habe ihm mitgeteilt, dass er zurück nach Iran deportiert werden solle.

Auch die Journalistenverbände Großbritanniens und Irlands – die sich Nationale Union der Journalisten nennen – haben die Türkei aufgefordert, auf eine Auslieferung Mossaeds zu verzichten. Eine Reporterin der BBC berichtete am 18. Januar, Mossaed befinde sich im Gewahrsam der Grenzpolizei der Stadt Van und solle am nächsten Tag zum Deportationslager gebracht werden.

Mossaed hat als freier Journalist für mehrere Zeitungen gearbeitet, unter anderem für die Zeitung Schargh. Er wurde durch seine kritischen Artikel im November 2019, als während der Unruhen das Internet gesperrt wurde, international bekannt. In einem seiner Tweets schrieb er: „Klopf, Klopf, freie Welt. Ich habe 42 Proxyserver verwendet, um dies schreiben zu können. Millionen Iraner haben kein Internet. Hört unsere Hilferufe!“ In Iran selbst wurde Mossaed vor allem durch seine Berichte über Korruptionsfälle bekannt.

Mossaed wurde im Dezember 2019 von Sicherheitsbeamten festgenommen, aber nach zwei Wochen gegen eine Kautionsauszahlung aus dem Gefängnis entlassen. Danach setzte er seine Kritik in den sozialen Netzwerken fort. Mitte Februar vergangenen Jahres, bevor sich das Coronavirus verbreitete, versuchte er die Öffentlichkeit über die Seuche zu informieren. Er wurde von Sicherheitsorganen unter Druck gesetzt. Schließlich bekam er Schreibverbot. Ein Revolutionsgericht verurteilte ihn zu vier Jahren und neun Monaten Gefängnis. Zwei Tage bevor er sich im Gefängnis melden sollte, flüchtete er in die Türkei.

Die Deutsche Welle verlieh Mossaed im Mai vergangenen Jahres für seine Berichterstattung in den Zeiten der Corona-Pandemie den Freedom of Speech Award.

KULT UM GENERAL SOLEIMANI

Wenige Tage nach dem Tod von General Ghassem Soleimani vor einem Jahr, der bei einem Raketenangriff der USA gezielt in der Nähe des Bagdader Flughafens getötet wurde, begann eine Kultivierung des Verstorbenen, die bis heute andauert und inzwischen zum Teil absurde Züge angenommen hat. Er sollte weit mehr als ein Popstar, ein Weltfußballer oder ein Nationalheld geehrt werden. Einen Überblick über diese Aktivitäten gibt ein Bericht des persischsprachigen Programms der BBC. Hier eine Zusammenfassung des Berichts:

Zunächst wurden in fast allen Städten des Landes Straßen nach ihm umbenannt. Städte und Gemeinden konkurrierten miteinander, um ihre Trauer und Achtung am auffälligsten kundzutun. In der Hauptstadt Teheran beschloss die Stadtversammlung einstimmig, eine der wichtigsten Verkehrsstraßen, den Resalat Highway, in Highway „Märtyrer Hadsch Ghassem Soleimani“ umzubenennen.

Am selben Tag wurden in den Städten Eslamschahr, Tabris und Schahrud große Sportstadien mit dem Namen Soleimanis geschmückt. Der Flughafen der Stadt Ahwas, die Bahnhöfe in Kerman und Haschtgerd sowie zahlreiche Kasernen und Grenzstationen sollten den Namen Soleimanis tragen. Ihnen folgten einige Universitäten, Banken, Autobahnen, Elektrizitätswerke und sogar Einheiten der Feuerwehr.

Der oberste Kulturrat beschloss, den 3. Januar, den Tag, an dem der General getötet wurde, als „Tag des internationalen Widerstands und Tag des Ghassem Soleimani“ festzulegen.

200 Abgeordnete im Parlament beantragten die Umbenennung des Teheraner Flughafens Mehrabad. In der Begründung des Antrags hieß es: „Jeder Tourist, der die iranische Hauptstadt besuchen will, soll feststellen, dass Teheran zwei Flughäfen hat, von denen einer den Namen des Gründers der Islamischen Republik, Ayatollah Chomeini, trägt und der andere den Namen des internationalen Helden, des Fahnenträgers im Kampf gegen die internationale Arroganz, des Kommandanten der internationalen Widerstandsfront, Ghassem Soleimani.“

Doch das war selbst den Konservativen zu viel. Nachdem die Kritik zu laut wurde, zogen die Abgeordneten ihren Antrag zurück.

Aber die Umbenennung von Straßen und Plätzen reichte längst nicht aus, um den General zu ehren. Zahlreiche Bücher und Hörbücher, Lieder, ja sogar Gesellschaftsspiele wurden dem General gewidmet. In einem Lied, das den Titel „Im Namen des Vaters“ trägt, heißt es: „Ich bin zu alt und verbraucht, möchte wieder jung und neu werden, wie schön sind die Märtyrer, ich möchte Märtyrer werden.“

Einem Bericht des staatlichen Rundfunks zufolge sind bislang mehr als 300 Bücher über Soleimani veröffentlicht worden. Alle erzählen die Lebensgeschichte des Generals; die Titel sind ähnlich. Die Verlage, die diese Bücher veröffentlicht haben, sind kaum bekannt. Doch sie melden mehrere Auflagen. Die Käufer bekommen 10 bis 25 Prozent Rabatt. 50 glückliche Käufer sollen sogar einen Preis bekommen. In einem der Bücher, das den Titel „Lieber Soleimani“ trägt, ist zu lesen: „Amerikanische Soldaten hatten die Stadt Nadschaf gestürmt.“ (Nadschaf ist für die Schiiten eine heilige Stadt. Hier liegt der Schwiegersohn des Propheten Mohammed, Imam Ali, begraben, den die Schiiten als rechtmäßigen Nachfolger Mohammads betrachten.) „Ich hörte, die Soldaten wollten zu Alis Mausoleum. Wer weiß, was sie anrichten wollten. Dann tauchte Soleimani auf. Ich fragte ihn, wie er und warum er hierhergekommen sei. ‚Ich bin gekommen, um die Amerikaner hinauszuerwerfen‘, sagte er.“

In den Büchern gibt es auch Gedichte, Zeichnungen und Theaterstücke, die den General zum Heiligen hochstilisieren. Es gibt ebenfalls zahlreiche Kinder- und Jugendbücher über Soleimani. Selbst in einigen Schul- und Lehrbüchern, in wissenschaftlichen Abhandlungen und in religiösen Büchern ist Soleimani präsent. Zudem haben iranische Botschaften im Ausland dafür gesorgt, dass in manchen anderen Ländern wie Irak, Bangladesch, Kolumbien, Russland; in der Türkei, in Aserbaidschan und in Pakistan Bücher über Soleimani in den jeweiligen Landessprachen veröffentlicht worden sind.

Zum ersten Jahrestag des Todes von Soleimani ist der Eifer, den General zu ehren, grenzenlos. Auf einer Großveranstaltung der Basidsch-Milizen erhielten alle Mütter, die im vergangenen Jahr ihren Söhnen den Namen Ghassem gegeben haben, eine nationale Plakette, auf der „Erzeugerin vom Ghassem“ steht.

Amir Abdollahian, Sprecher des Stabs zur Ehrung des Generals Soleimani, sagte, zu den Aktivitäten zum Todestag des Generals gehöre die Übersetzung seiner Memoiren in sieben wichtige Sprachen der Welt. Der Stab arbeite mit der Tochter Soleimanis, Seynab, und der Soleimani-Stiftung zusammen. Er werde einige Personen aus Irak, Jemen, Libanon, Afghanistan, Syrien und Venezuela, die im Leben des Generals eine Rolle gespielt haben, mit dem „Internationalen Preis Soleimani“ auszeichnen.

Auch das Teheraner Rathaus hat verschiedene Programme angekündigt, um unter anderem der „Politik von Instagram, den Namen von Soleimani zu ignorieren, kulturell etwas entgegenzusetzen.“

Das Ministerium für Kultur und Islamische Führung plant Lyrikabende mit Gedichten und Theateraufführungen über Soleimani.

Die absurdesten Ehrbezeugungen sind aber die Statuen von Soleimani, die fast in jeder Stadt auf wichtigen Plätzen stehen. Manche dieser Statuen sehen ihm überhaupt nicht ähnlich, andere sehen wie Karikaturen aus. Bei einigen Statuen stimmen die Proportionen zwischen Kopf, Händen, Beinen und Rumpf nicht. Einige Statuen waren so grässlich, dass sie wieder entfernt werden mussten. Vizekulturminister Modschtaba Hosseini schrieb, manche dieser Statuen seien keine Ehrung, „sie sind beschämend.“

Die Kosten aller Veranstaltungen und Initiativen werden vom Staat übernommen. Dafür sind 8,5 Milliarden Tuman im Haushalt vorgesehen, die die Tochter Soleimanis verwalten soll.

WIRTSCHAFT

Ungewisses Schicksal des Atomabkommens / Neue US-Sanktionen gegen Iran / Chaotische Zustände bei Entscheidungen über Wirtschaftsfragen

UNGEWISSES SCHICKSAL DES ATOMABKOMMENS

Der Regierungswechsel in Washington und die widersprüchlichen Stellungnahmen Teherans erschweren eine Voraussage zum Schicksal des Atomabkommens. Zwar hat der neue US-Präsident Joe Biden seine Absicht bekundet, zum Abkommen zurückzukehren. Doch die Entscheidung Teherans, das Atomprogramm rasch weiterzuentwickeln und damit gegen das Abkommen zu verstoßen einerseits und der massive Widerstand Israels und einiger arabischer Staaten gegen das Abkommen andererseits erschweren eine Entscheidung im Weißen Haus.

Teheran informierte am 2. Januar die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) über seinen Plan, die Urananreicherung auf 20 Prozent zu erhöhen. „In einem Schreiben haben wir der IAEA mitgeteilt, dass wir dazu die Urankapseln ändern müssen und die IAEA-Inspektoren diese entsiegeln sollen“, sagte Ali Akbar Salehi, Vizepräsident und Chef der iranischen Atomorganisation (AEOI).

Das iranische Parlament hatte am 1. Dezember beschlossen, die Urananreicherung auf 20 Prozent zu erhöhen und aus dem Zusatzprotokoll auszusteigen. Das Protokoll erlaubt der IAEA, zu jeder Zeit und an jedem Ort, ohne Vorankündigung Kontrollen durchzuführen. Das Außenministerium sprach sich dagegen aus und Salehi erklärte, das Gesetz sei nicht umsetzbar, weil dafür kein Geld vorhanden sei. Doch der Druck der Hardliner war zu groß. Daher sagte er nun: „Wir müssen das neue Gesetz umsetzen, das können wir auch, aber vorher muss der Präsident dies auch anordnen. Wir sind Soldaten des Staates, unsere Finger liegen auf dem Abzug, wir warten auf den Befehl.“

Die IAEA bestätigte am 4. Januar, dass Iran mit der Urananreicherung auf 20 Prozent begonnen habe. Auch Irans ständiger Botschafter bei der Behörde, Kasem Ghribabadi, berichtete, die Urankapseln seien entsiegelt worden.

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte am 4. Januar, die neue Maßnahme sei sofort umkehrbar, vorausgesetzt, andere Mitglieder des Abkommens erfüllten ihre Pflichten.

Die Maßnahme rief nicht nur in den USA und Europa, sondern auch in den arabischen Staaten und vor allem in Israel Proteste hervor. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte, sein Land werde Iran niemals erlauben, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen. Die USA unterbrachen den geplanten Abzug ihres Flugzeugträgers „Nimitz“ aus dem Persischen Golf. „Wegen der jüngsten Drohungen der iranischen Führung gegen Präsident Trump und andere Vertreter der US-Regierung habe

ich der SS Nimitz befohlen, ihren routinemäßigen Abzug zu stoppen“, sagte US-Verteidigungsminister Chris Miller. Eine Sprecherin des US-Außenministeriums sagte am 5. Januar: „Dass Iran in Fordo Uran auf 20 Prozent anreichert, ist ein klarer Versuch, seine Kampagne der nuklearen Erpressung zu verstärken – ein Versuch, der weiterhin scheitern wird.“

China forderte alle Beteiligten auf, „Ruhe und Geduld“ zu bewahren. Alle Seiten sollten Schritte vermeiden, die die Konflikte verschärfen könnten, sagte ein Sprecher des Außenministeriums in Peking am 5. Januar.

Japan zeigte sich „sehr besorgt“ über die Entwicklung des iranischen Atomprogramms. Was Iran beschlossen habe sei ein klarer Verstoß gegen das Atomabkommen, sagte ein Regierungssprecher am 5. Januar. Dieselbe Sorge teilte ein Sprecher des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Dennoch würden die anderen Partner an dem Abkommen festhalten und die Anstrengungen verdoppeln, um es zu retten, sagte der Sprecher. Scharfe Kritik übten auch die drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.

Iran wies die Kritik zurück. „Anstatt Iran zu kritisieren, sollten die Vertragspartner ihre Verpflichtungen in dem Atomdeal erfüllen“, sagte Regierungssprecher Ali Rabii. „Wir kehren zu dem Abkommen zurück, sobald die Gegenseite ihre Verpflichtungen erfüllt.“ Revolutionsführer Ali Chamenei sagte zu einer möglichen Rückkehr der USA zum Atomabkommen am 8. Januar im staatlichen Fernsehen: „Wir bestehen nicht darauf und haben es nicht eilig, dass die USA zu dieser Vereinbarung zurückkehren.“ Es sei aber logisch, wenn Iran die Forderung nach sofortiger Aufhebung der Sanktionen stelle. „Diese brutalen Sanktionen müssen sofort aufgehoben werden.“ Erst dann gewinne die Rückkehr der USA zum Abkommen einen Sinn.

Am 9. Januar erklärte der iranische Abgeordnete Ahmad Amiri Farahani: „Sollten die US-Sanktionen bis zum 21. Februar nicht aufgehoben werden, werden die IAEA-Inspektoren ganz sicher ausgewiesen werden.“ Doch diese Äußerung wurde vom Regierungssprecher dementiert. Laut Beschluss des Parlaments gehe es um den Austritt aus dem Zusatzabkommen und nicht um die Ausweisung der Inspektoren, sagte Rabii. Parlamentspräsident Mohssen Ghalibaf erklärte am 10. Januar, „eine Unterschrift Joe Bidens gibt uns keine Garantie“, Iran werde nur dann seine Pflichten erfüllen, wenn die Sanktionen tatsächlich aufgehoben würden. Das sei dann der Fall, wenn Iran sein Öl wieder frei verkaufen und die Einnahmen zum Wohl der Bevölkerung einsetzen könne.

Bemerkenswert sind die Äußerungen von Außenminister Sarif. Er sagte in einem Interview mit der Website Chameneis, die Regierung sei mit dem Beschluss des Parlaments nicht einverstanden gewesen. „Aber als der Beschluss zum Gesetz wurde, fühlten wir uns verpflichtet, es umzusetzen.“ Noch ausschlaggebender sei aber der Wille des Revolutionsführers gewesen. Chamenei habe in einer Sitzung, bei der Rohani, Salehi und er selbst anwesend gewesen seien, gesagt, der Beschluss des Parlaments müsse umgesetzt werden.

Am 11. Januar kam eine neue Warnung aus Brüssel. Borrell veröffentlichte eine Erklärung, in der es hieß: „An dieser entscheidenden Weggablung drohen die Handlungen Irans, die Bemühungen zu untergraben, die auf dem existierenden diplomatischen Prozess aufbauen. Wir fordern Iran auf, weitere Eskalationen zu unterlassen und von seinem Kurs unverzüglich zurückzukehren.“

Am 14. Januar gab die IAEA bekannt, Teheran habe ihr mitgeteilt, Vorbereitungen zur Produktion von metallischem Uran getroffen zu haben, was einen weiteren Verstoß gegen das Atomabkommen bedeute. Im Atomabkommen wird dies ausdrücklich verboten. Iran begründete dies mit der Absicht, die Forschung zu einem besseren Treibstoff voranbringen

zu wollen. Die Atombehörde solle „keine unnötigen Details“ zum iranischen Atomprogramm veröffentlichen, hieß es aus Teheran.

EU-Mitgliedsstaaten des Abkommens zeigten sich „zutiefst besorgt“. Die Produktion von metallischem Uran signalisiere „militärische Absichten“. Es gebe keine sonstige Verwendung für metallisches Uran, hieß es in der gemeinsamen Erklärung der drei Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian warnte, Iran befinde sich auf dem Weg zu einer Atommacht, wie er am 17. Januar im Interview mit der Sonntagszeitung „Journal du Dimanche“ sagte. Den Iranern solle gesagt werden, „es reicht“. Er forderte Iran und die USA auf, zum Abkommen zurückzukehren. Sein iranischer Kollege Sarif reagierte ungewöhnlich verärgert. Er twitterte auf Englisch: „Verehrter Kollege, Sie haben ihre Arbeit im Kabinett mit dem Verkauf von Waffen an saudische Kriegsverbrecher begonnen. Reden Sie keinen Unsinn über Iran.“

Indes sagte Irans Botschafter bei den Vereinten Nationen, Madschid Tachtrawantschi, in einem Interview mit dem Nachrichtensender CNN, Iran habe keine Pläne für mögliche Verhandlungen mit den USA und erwarte, dass der neue US-Präsident erste Schritte zur Aufhebung der Sanktionen unternehme.

Dieser Forderung schloss sich auch Russland an. Die USA sollten, um das Atomabkommen zu retten, Iran entgegenkommen und die Sanktionen gegen Iran aufheben, sagte Außenminister Lawrow bei einem Treffen mit Sarif in Moskau am 26. Januar. Russlands Vizebotschafter bei der UNO, Dmitri Poljanski, lobte das Atomabkommen. Es sei zwar brüchig, gelte aber als eine „geniale Errungenschaft der Weltdiplomatie“. Er sprach sich dagegen aus, Verhandlungen mit Iran über das Abkommen hinaus auszuweiten. Etwaige Verhandlungen über das iranische Raketenprogramm oder die Rolle Irans in der Region sollten gesondert geführt werden.

Am 26. Januar drohte Teheran mit der Blockade der von den IAEA-Inspektoren durchgeführten Inspektionen – eine Drohung, die wohl ein Entgegenkommen der neuen Regierung in Washington noch schwerer machen könnte.

Die erste Stellungnahme des neuen US-Außenministers Antony Blinken deutet darauf hin, dass die Rückkehr der USA sowie die Aufhebung der Sanktionen kurzfristig kaum möglich sein werden. „Joe Biden hat klar und deutlich gesagt, dass die USA zum Atomabkommen zurückkehren würden, wenn Iran seine Pflichten vollkommen erfüllt“, sagte Blinken. Sollte Iran zum Abkommen zurückkehren, würden die USA ein längeres Abkommen anstreben, das auch andere „zutiefst störende“ Probleme einbezieht. Blinken nannte die „Probleme“ nicht beim Namen. Aber Präsident Biden hatte vom iranischen Raketenprogramm und der Unterstützung gesprochen, die Iran „terroristischen Organisationen“, wie denen in Irak, Syrien, Libanon und Jemen, gewährt.

Der Druck, den Iran auszuüben versuche, um die USA zu einem ersten Schritt zu bewegen, sei vergeblich, sagte Blinken. Iran habe die Erfüllung mehrerer Verpflichtungen versäumt. Das Land werde Zeit brauchen, um sich wieder zu diesen Verpflichtungen zu bekennen und sie wahrzunehmen. „Auch wir brauchen Zeit, um festzustellen, ob Iran tatsächlich seine Pflichten erfüllt. Soweit sind wir also noch lange nicht“, betonte Blinken. Wenige Stunden vor diesen Äußerungen hatte Blinken mit seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas ein Telefongespräch geführt. Wie das Auswärtige Amt in Berlin mitteilte, haben die beiden Politiker unter anderem auch über Iran und Afghanistan gesprochen.

Höchst ungewöhnlich und bemerkenswert war die Stellungnahme eines israelischen Generals zum Atomabkommen mit Iran. General Aviv Kochavi, Generalstabschef der israelischen Streitkräfte, sagte bei einem Vortrag im Institut für Nationale

Sicherheitsstudien der Universität Tel Aviv am 26. Januar, eine Rückkehr zum Atomabkommen von 2015 oder zu einem ähnlichen Vertrag mit verbesserten Aspekten wäre operativ und strategisch aus israelischer Sicht falsch und abwegig. Iran strebe nach Nuklearwaffen. „Ich habe den israelischen Streitkräften befohlen, abgesehen von operativen Plänen, die erstellt worden sind, einige neue operative Pläne vorzubereiten.“ Nicht klar ist, ob die Warnung an Washington gerichtet war oder an Teheran. Jedenfalls ist es verwunderlich, dass ein Militär öffentlich eine politisch höchst brisante Stellungnahme abgibt.

Die iranischen Streitkräfte reagierten auf die Drohungen gelassen. Abolfasl Schekartschi, Sprecher der Streitkräfte, bezeichnete die israelischen Streitkräfte als „ruiniert“. „Die Pläne zu einem möglichen Angriff auf Iran gehören entweder zur psychologischen Kriegsführung oder sie sind Wahnvorstellungen“, sagte er. Sollten die Äußerungen des Generals den Tatsachen entsprechen, so zeugten sie davon, dass die Israelis noch keine Ahnung von der Stärke der iranischen Streitkräfte hätten. „Sollte tatsächlich ein Angriff stattfinden, werden wir Tel Aviv und Haifa dem Erdboden gleichmachen“, drohte der Sprecher.

NEUE US-SANKTIONEN GEGEN IRAN

Die US-Regierung von Donald Trump hat, wenige Tage bevor sie aus dem Amt schied, gegen zwei große iranische Stiftungen, die Stiftung des Nachlasses des Imam Chomeini und die Stiftung Astan-e Kuds-e Rasavi, die unter der Kontrolle des Revolutionsführers Ali Chamenei stehen, Sanktionen verhängt. „Diese Institutionen ermöglichen es Irans Elite, ein korruptes System des Besitzes eines Großteils der iranischen Wirtschaft aufrechtzuerhalten“, sagte Finanzminister Steven Mnuchin am 13. Januar. Die Sanktionen richten sich auch gegen leitende Funktionäre der beiden Stiftungen. Namentlich werden Ahmad Marwi von Astan-e Kuds-e Rasavi und Mohammad Mochber von der Stiftung des Nachlasses des Imams Chomeini genannt.

Außenminister Mike Pompeo sagte, diese Konzerne und ihre Subunternehmen seien als Stiftungen getarnt, bieten aber der Elite des Landes die Möglichkeit einer grenzenlosen Korruption und der Ausbeutung des Volkseigentums. Bereits zuvor hatten die USA gegen das Büro Chameneis und dessen Mitarbeiter Sanktionen verhängt. Die neue Verordnung sieht die Einfrierung aller Konten der beiden Stiftungen in den USA vor. Auch sollen alle Unternehmen, die mit den genannten Stiftungen Geschäfte machen, bestraft werden.

Pompeo bezeichnete laut einer Meldung der AFP vom 12. Januar Iran als „neue Heimatbasis des Terrornetzwerks Al Kaida. Ich würde sagen, dass Iran in der Tat das neue Afghanistan ist – als zentraler geografischer Knotenpunkt für Al Kaida“, zitiert AFP den Minister. Die Lage sei weitaus schlimmer als damals in Afghanistan. Denn dort habe Al-Kaida im Schutz der Berge agiert, während sie heute in Iran den Schutz der Regierung genießt. Teheran habe Al Kaida erlaubt, sich frei im Land zu bewegen, hat den Mitgliedern sogar Reisedokumente ausgestellt und ihnen gestattet, „Geld zu sammeln, frei mit anderen Mitgliedern auf der ganzen Welt zu kommunizieren und viele andere Funktionen auszuführen, die zuvor von Afghanistan und Pakistan aus geleitet wurden.“

Die Einheit zwischen Iran und Al-Kaida bilde „die massive Kraft für das Böse in der ganzen Welt“, sagte der Minister bei einer Rede vor dem National Press Club in Washington. Einen Krieg gegen Iran lehnte er jedoch eine Woche vor seinem Abschied aus dem Amt ab. Das Risiko einer solchen Aktion sei zu groß, sagte er.

Pompeo bestätigte Medienberichte, die im vergangenen Jahr gemeldet hatten, die Nummer zwei von Al-Kaida sei durch ein Attentat in Teheran ums Leben gekommen. Politische Beobachter vermuteten Israel hinter dem Anschlag. Dazu nahm Pompeo keine Stellung.

Unmittelbar nach den Äußerungen Pompeos nahm Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif dazu Stellung. Pompeo sei ein Lügner, twitterte er. Die Amtszeit Pompeos sei katastrophal gewesen und sie gehe mit kriegstreibenden Lügen zu Ende. Niemand werde sich von Pompeo täuschen lassen. „Alle Terroristen vom 11. September stammten aus den Lieblingsstaaten von Herrn Pompeo. Die meisten von ihnen waren saudi-arabischer Abstammung.“

Die Agentur Reuters berichtete, die USA planten, auf Basis der neu zugänglich gemachten geheimen Dokumente gegen Iran zu klagen.

Bereits am 5. Januar hatte das US-Finanzministerium eine große iranische Reederei, deren Chef und 16 Unternehmen der iranischen Stahlindustrie mit Sanktionen belegt. Der Reederei Aria, die der Organisation „Wassertransportwege der Islamischen Republik“ angehört, soll die US-Sanktionen gegen Iran umgangen und verbotene Güter transportiert haben. Auch der Geschäftsführer der Reederei, Madschid Sadschdeh, wurde auf die Sanktionsliste gesetzt. Auf der Sanktionsliste steht auch das chinesische Unternehmen KFCC, das mit der iranischen Stahlindustrie in Verbindung steht. Die Büros der sanktionierten stahlproduzierenden Unternehmen befinden sich teilweise in China, Deutschland und Großbritannien. Personen, die mit diesen Unternehmen in Verbindung stehen, sowie ihre Angehörigen haben Einreiseverbot in die Vereinigten Staaten.

Das Finanzministerium erklärte am 5. Januar: „Die Vereinigten Staaten werden die Sanktionen gegen Iran und gegen jene, die Sanktionen umgehen und damit Iran dazu befähigen, die notwendigen Mittel für Unterdrückung und Terror zu erlangen, fortsetzen.“ In Iran hofft man, dass die Sanktionen, die von der scheidenden Regierung von Präsident Trump verordnet wurden, von der neuen Regierung aufgehoben werden. Zunächst hatten einige Mitglieder der Regierung erklärt, Iran werde für die Schäden, die die Sanktionen verursacht hätten, Milliarden Dollar Entschädigung verlangen. Doch Präsident Rohani lehnte diese Forderung als „undurchführbar“ ab.

CHAOTISCHE ZUSTÄNDE BEI ENTSCHEIDUNGEN ÜBER WIRTSCHAFTSFRAGEN

Gholamhossein Schafei, der Leiter der iranischen Handelskammer, klagte auf einer Sitzung der Kammer, bei der auch Vizepräsident Eshagh Dschahangiri anwesend war, über chaotische Zustände bei Entscheidungen über Wirtschaftsfragen. Solche chaotischen Zustände habe es noch nie gegeben, sagte er. Er forderte die Regierung auf, der Privatwirtschaft mehr Vertrauen zu schenken. Vermutlich hatte Schafei bei dieser Äußerung die Verfolgung einiger Exporteure im Blick, denen die Zentralbank vorwirft, ihre Waren im Ausland verkauft, aber die dabei erzielten Devisen nicht ins Land zurückgebracht zu haben. Die Exporteure hingegen behaupten, ein Rücktransfer sei wegen bestehender US-Sanktionen gegen Iran nicht möglich. Dennoch hat die Zentralbank auf Anordnung von Präsident Hassan Rohani bei der Justiz eine Klage gegen die Exporteure eingereicht.

Schafei sagte: „Überall in der Welt wird erzählt, wenn Waren die Grenzen nicht überschreiten, werden Soldaten die Grenze überschreiten.“ Überall auf der Welt werde dem Warenexport eine große Bedeutung beigemessen, „allein wir scheinen noch nichts davon gemerkt zu haben.“

Ebrahim Dschamili, der Geschäftsführer eines privaten Unternehmens, der an der Sitzung teilgenommen hatte, sagte: „Ich bin seit 44 Jahren als Arbeitgeber in diesem Land tätig. Ich bin wirklich erschöpft. Die Regierungen sollten einmal eine Untersuchung durchführen, um festzustellen, warum die Privatwirtschaft unzufrieden ist. Wir beschäftigen uns so sehr mit dem Rücktransfer der Devisen und ignorieren dabei die tatsächlichen Probleme der Privatwirtschaft, Probleme, die dringend gelöst werden müssen.“

Bereits vor Monaten hatte der Direktor der Zentralbank, Abdolnasser Hemmati, bekanntgegeben, dass gegen einige Exporteure ermittelt werde. Schafei kritisierte diese Maßnahme und sagte, selbst die Regierung sei aufgrund bestehender Sanktionen nicht in der Lage, die im Ausland (zum Beispiel durch den Verkauf von Erdöl) erzielten Deviseneinnahmen nach Iran zu transferieren. Wie könne sie dann dies von einzelnen Unternehmen verlangen? Die Handelskammer hatte von der Zentralbank die Namen der Exporteure verlangt, gegen die ermittelt wurde, hatte jedoch keine Antwort bekommen. Daraufhin meldete sie Zweifel an der Richtigkeit der Angaben Hemmatis.

Seit geraumer Zeit herrscht in Iran eine bedrohliche Knappheit an Devisen. Der Parlamentsabgeordnete Mohammad Resa Purebrahimi sprach von einem Rückgang um 1,7 Milliarden Dollar. Das Hauptproblem liege bei der Zentralbank, sagte er. Sollte sie ihre Politik nicht ändern, werde sich der Export nicht erholen können. Er schlug vor, die Entscheidungen über die Devisenpolitik der Handelskammer zu überlassen.

Vizepräsident Dschahangiri verteidigte die Privatwirtschaft und sagte: „Das Land befindet sich in einer schweren Lage, das steht fest. Man kann die Auswirkungen der Sanktionen nicht ignorieren. Es gibt Leute, die bestimmte Probleme übertreiben, um mit der Regierung abzurechnen.“

AUSSENPOLITIK

Arabische Staaten gegen Iran vereint / Antrag zur „Vernichtung Israels“ im Islamischen Parlament / Sarif: Israel treibt die USA zum Krieg gegen Iran / Neue Luftangriffe Israels gegen iranische Stellungen in Syrien / Lawrow: Syrien darf nicht zum Kriegsschauplatz zwischen Iran und Israel werden / Hochrangige Delegation der Taliban zu Besuch in Teheran / Iran will Trump über Interpol verfolgen / Rache für General Soleimanis Tod wird immer wieder angekündigt, aber nicht ausgeführt / 17 Milliarden Dollar für Aktivitäten in der Region / Iranischer Diplomat in belgischer Haft

ARABISCHE STAATEN GEGEN IRAN VEREINT

Die arabischen Staaten am Persischen Golf haben ihre seit Juni 2017 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zu Katar wieder aufgenommen. Die Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats unterzeichneten ein Abkommen zur Wiederannäherung. An dem Gipfel im saudischen Al-Ula waren unter anderem der Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad al-Thani, und der saudische Kronprinz, Mohammad bin Salman, beteiligt. Als Geste der Versöhnung empfing bin Salman den Emir auf dem Flughafen. Trotz Corona-Einschränkungen gab es zwischen den beiden eine innige Umarmung.

Die Gründe für die Konflikte zwischen den arabischen Golfstaaten und Katar, die zum totalen Boykott von Katar geführt hatten, waren aus der Sicht der arabischen Staaten eine zu große Annäherung Katars an Iran und die Unterstützung, die Katar „radikalislamischen Gruppen wie den ägyptischen Muslimbrüdern, der libanesischen Hisbollah und dem Islamischen Staat (IS)“ gewährte. Auch Ägypten hatte sich den Sanktionen gegen Katar angeschlossen. Katar bestritt die Vorwürfe.

Bin Salman bezeichnete das neue Abkommen als „dauerhafte Einheit“. Die Entscheidung Saudi-Arabiens, seine Grenzen für Katar zu öffnen, wurde allgemein als Wiederherstellung des Vertrauens bewertet. Außer Saudi-Arabien sind Kuwait, Oman, die Arabischen Emirate, Bahrain und Katar Mitglieder des Golfkooperationsrats.

Bei der Eröffnung des Gipfels sagte Bin Salman, das iranische Atomprogramm stelle eine „Gefahr für die Region und für die ganze Welt“ dar. Er forderte bei seiner Rede, die vom Sender Al Arabia direkt übertragen wurde, alle Anrainerstaaten des Persischen Golfs auf, sich vereint den Herausforderungen entgegenzustellen. Die größten Herausforderungen seien das iranische Atomprogramm, das Raketenprogramm und die „zerstörerischen Ziele“, die Iran in der Region verfolge. Irans Plan sei es, gemeinsam mit seinen terroristischen Verbündeten die gesamte Region zu destabilisieren, sagte der Kronprinz. In der Al-Ula-Erklärung, die von allen Teilnehmerstaaten unterzeichnet wurde, betonten die Staatsvertreter die Notwendigkeit, ihre Einheit zu stärken und die Kooperation mit anderen islamischen Staaten zu fördern.

Die Versöhnung der arabischen Staaten mit Katar erfolgte nicht zuletzt auf Druck der USA, mit dem Ziel, Iran zu isolieren. Bei dem Gipfel war auch der Schwiegersohn von Trump, Jared Kushner anwesend.

Doch trotz der angestrebten Einheit arabischer Staaten gegen Iran forderte Katar Gespräche mit Iran. Außenminister Hamad ibn Dschasim ibn Dschab Al Thani sagte in einem Interview mit Bloomberg am 20. Januar, seine Regierung habe die Forderung bereits zuvor gestellt. Er hoffe, dass ein Dialog mit Teheran stattfinde, er sei nach wie vor davon überzeugt, dass er stattfinden müsse.

ANTRAG ZUR „VERNICHTUNG ISRAELS“ IM ISLAMISCHEN PARLAMENT

Einem Bericht der BBC vom 10. Januar zufolge haben einige Abgeordnete im Islamischen Parlament am 31. Dezember einen Antrag unter dem Titel „Irans Reaktion auf den Terroranschlag gegen General Soleimani“ vorgelegt. Im 5. Absatz des Antrags heißt es: „Die Regierung wird verpflichtet, Vorbereitungen zur Vernichtung Israels bis zum Jahr 1420 (2041) zu treffen.“ Dafür solle die Regierung den Bewohnern des Gazastreifens finanziell helfen und Demonstrationen im Ausland zum Al-Kuds-Tag unterstützen.

Zu dem Antrag nehmen der Soziologe Mahmud Sadri und der Experte für wissenschaftliche Beziehungen, Aliresa Ghandris, Stellung. Hier eine inhaltliche Wiedergabe des ersten Teils des Artikels:

Zwar sind die vorgeschlagenen Aktivitäten, dem Ziel, Israel zu vernichten, völlig unangemessen und absurd. Aber allein die Aufnahme eines solchen Ziels in den Antrag ist unendlich gefährlich. Bedauerlicherweise kann man sich bei diesem dilettantischen, naiven und unsinnigen Antrag, der einem fehlerhaften Aufsatz eines Jugendlichen gleicht, nicht mit einem Lächeln begnügen und ihn zur Seite legen. Sollten aber verantwortliche Politiker die Gefahren eines solchen Antrags nicht ernst nehmen, akzeptieren sie damit zumindest die abermals gänzliche Isolierung Irans. (...)

Bemerkenswert ist, dass dieser Antrag zu einer Zeit eingereicht wird, in der ein Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten stattfindet und die europäischen Staaten, die über das iranische Raketenprogramm und dessen strategische Ziele besorgt sind, keine besondere Neigung zeigen, ihre Beziehungen zu Iran zu normalisieren. Zwar besteht kein Zweifel, dass Radikalismus in unserem Land durch den Radikalismus in der Politik der Vereinigten Staaten beflügelt worden ist. Doch zum Glück hat bislang das Machtgleichgewicht in unserem Land zugunsten einer Strategie der Normalisierung der Beziehungen zu anderen Staaten geführt. Sollten jedoch ähnliche Pläne wie die, die in dem Antrag vorgelegt wurden, umgesetzt werden, wird die Staatengemeinschaft völlig anders darauf reagieren. Die Regierung eines Mitglieds der Vereinten Nationen zu verpflichten, einen anderen Mitgliedsstaat der UNO zu vernichten, kann katastrophale Folgen haben. (...) Auch die potentielle Gefahr eines zerstörerischen Angriffs Israels und seiner Verbündeten gegen Iran würde erheblich steigen.

Es gibt keine natürliche Feindschaft zwischen Iran und Israel.

Die Feindschaft zwischen Iran und Israel, die in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, ist ideologisch (also revidierbar) und nicht strategisch. Sie hat keine natürliche geografische Basis, sie wird in beiden Staaten von rechtsorientierten Gruppen politisch instrumentalisiert. Es gab und es gibt keine wirtschaftlichen, politischen oder territorialen Konflikte zwischen den beiden Staaten.

Ben Gurion, der erste Ministerpräsident Israels, betrachtete alle Staaten jenseits seiner arabischen Nachbarn als potentielle Verbündete. Daher bemühte sich Israel nach seiner Gründung um die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Staaten wie Iran und der Türkei.

Abgesehen davon, dass die Feindschaft zwischen Iran und Israel „unnatürlich ist“, ist die Existenz eines Staats mit dem Namen Israel, als eine politische und ökonomische Macht im geografischen Gebiet des Nahen Ostens, ein nicht zu leugnendes Faktum, das selbst die arabischen Nichtnachbarstaaten Israels anerkennen. Abgesehen von dem militärischen Potential weisen die finanzielle Kraft Israels, seine bürgerlichen Freiheiten, seine regionalen Erfolge und seine Stellung innerhalb der Staatengemeinschaft darauf hin, dass die Existenz dieses Staates, soweit man voraussehen kann, auf Dauer Bestand haben wird.

Es folgt eine ausführliche Beschreibung der politischen, ökonomischen, militärischen und kulturellen Lage Israels. Am Ende des Artikels resümieren die Autoren, dass eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Iran und Israel den strategischen Interessen der beiden Staaten nicht widerspricht. Dennoch sei es abwegig zu glauben, eine Normalisierung zwischen Teheran und Tel Aviv könnte die Probleme Irans oder zumindest einen Teil davon lösen. Allerdings könne Iran sich auch ohne die Beziehung zu Israel, aber auch ohne den Irrglauben, einen anderen stabilen Staat in der Region vernichten zu können, weiterentwickeln. Vorausgesetzt, es gäbe eine kluge Führung, die bereit wäre, gesellschaftliche und individuelle Freiheiten der Bürger zu akzeptieren und ihnen die Tore zur Außenwelt zu öffnen, schreiben die Autoren.

SARIF: ISRAEL TREIBT DIE USA ZUM KRIEG GEGEN IRAN

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif schrieb am 2. Januar in einem Tweet, „Elemente“ in Israel seien bestrebt, die USA zu einem Krieg gegen Iran zu treiben. „Die neuesten Informationen, die wir aus Irak erhalten haben, deuten darauf hin, dass israelische Kriegstreiber dabei sind, eine Verschwörung anzuzetteln und (US-Präsident Donald) Trump einen Vorwand zu liefern, um die USA in einen Krieg gegen Iran zu verwickeln.“ „Es ist eine Falle“, warnte der Minister den amerikanischen Präsidenten. „Jeden militärischen Angriff werden wir mit einem Angriff beantworten, insbesondere gegen deine besten Freunde“, schrieb Sarif gerichtet an Trump.

Zugleich erklärte Hossein Eslami, Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden, auf einer Militärveranstaltung auf der Insel Abu Musa im Persischen Golf: „Wir werden keine Drohung und keine Aggression unbeantwortet lassen. Wir haben in der Praxis gezeigt und wiederholen es auch verbal: Wir werden jeden Schlag des Feindes mit einem entschiedenen und harten Gegenschlag beantworten.“

In den ersten Tagen des neuen Jahres hieß es aus Washington, man habe Informationen erhalten, die darauf hinweisen, dass Iran dabei sei, Angriffe gegen amerikanische Militäreinrichtungen in Irak und an anderen Orten im Nahen und Mittleren Osten vorzubereiten.

Israel wies die Behauptungen Sarifs zurück. Energieminister Juval Steinitz sagte im Interview mit dem israelischen Rundfunk, es sei Israel gewesen, das seit dem Tod von Ghassem Soleimani vor einem Jahr wegen eines möglichen Angriffs Irans in Alarmbereitschaft getreten sei. Und es sei Iran, das nun nach einem Vorwand suche, um Israel anzugreifen. Daher müssten die Äußerungen des iranischen Außenministers als eine Warnung verstanden werden, was die Alarmbereitschaft Israels verständlich mache. Auch Israels Verkehrsministerin Miri Regev bestätigte in einem anderen Interview die Alarmbereitschaft ihres Landes wegen Gefahren, die aus Iran drohten.

Indes teilte Irans Verteidigungsminister General Amir Hatami in einem Brief, der nach Angaben der staatlichen Presseagentur Irna an 60 Staaten verschickt wurde, mit, es gebe „ernstzunehmende Indizien“ dafür, dass Israel bei dem Attentat gegen den iranischen Atomwissenschaftler Mohssen Fachrisadeh eine Rolle gespielt habe. Der Wissenschaftler wurde Ende November in der Nähe von Teheran getötet.

Fachrisadeh sei ein „Opfer des Terrorismus“ gewesen. „Wir nehmen uns das Recht, das Verbrechen zu vergelten“, sagte der General. Er forderte die Staatengemeinschaft auf, den Anschlag zu verurteilen. Das Schweigen über diese Tat verleite zur Nachahmung und erzeuge damit Unsicherheit auf der ganzen Welt.

Oberstaatsanwalt Mohammad Dschafari sagte, die Akte über den Terroranschlag werde bald abgeschlossen und mit entsprechender Forderung nach Bestrafung der Täter dem Revolutionsgericht übergeben.

Hamed Fachrisadeh, der Sohn des getöteten Wissenschaftlers, sagte kürzlich, an den Ermittlungen seien einige Institutionen beteiligt. „Die Angelegenheit ist sehr kompliziert. Das war kein einfacher Anschlag, bei dem ein paar Schüsse abgegeben werden.“

NEUE LUFTANGRIFFE ISRAELS GEGEN IRANISCHE STELLUNGEN IN SYRIEN

Laut AFP wurden am 13. Januar die seit Jahren schwersten Angriffe Israels auf iranische Stellungen in Syrien beobachtet. Wie die in Großbritannien ansässige Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte mitteilte, sollen dabei mindesten 57 Kämpfer getötet worden sein, 43 proiranische Milizen und 14 syrische Soldaten. Ziel der Angriffe seien Waffenlager der Regierungstruppen sowie andere Militärbasen gewesen. Die proiranische Fatimid-Brigade vermeldete 27 Tote, 16 von ihnen stammten aus dem Iran und elf aus Afghanistan. Es habe auch zahlreiche Verletzte gegeben.

LAWROW: SYRIEN DARF NICHT ZUM KRIEGSSCHAUPLATZ ZWISCHEN IRAN UND ISRAEL WERDEN

Russlands Außenminister Sergej Lawrow sagte Medienberichten zufolge, Syrien dürfe nicht zu einem Kriegsschauplatz zwischen Iran und Israel werden. Anlass zu dieser Äußerung lieferten die in letzter Zeit häufigen Luftangriffe Israels gegen iranische Stellungen in Syrien. „Wir haben immer wieder unsere israelischen Kollegen gebeten, sollten sie irgendwelche Bedrohungen beobachten, uns darüber zu informieren“, sagte der Minister. Dies sollten sie vor allem tun, bevor sie sich zu einer Reaktion entscheiden. „Wir werden alles tun, um Gefahren abzuwenden“, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz am 19. Januar. Russland hat sowohl zu Iran als auch zu Israel enge Beziehungen.

HOCHRANGIGE DELEGATION DER TALIBAN ZU BESUCH IN TEHERAN

Den Angaben der afghanischen Taliban zufolge reiste eine hochrangige Delegation am 26. Januar zu Gesprächen mit der iranischen Führung nach Teheran. Mohammad Naim,

Sprecher des Büros der Taliban in Katar, twitterte, bei den Gesprächen sollen die folgenden Themen behandelt werden: die Beziehungen zwischen Iran und Afghanistan, die Lage der afghanischen Flüchtlinge in Iran und die gegenwärtige politische und sicherheitspolitische Lage in Afghanistan und in der Region.

Said Chatibsadeh, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, bestätigte die Nachricht. Die Delegation werde von Außenminister Mohammad Dschawad Sarif und dem den Sonderbeauftragten für Afghanistan im Ministerium empfangen, sagte er. Man werde sich vor allem über die Entwicklung zum Frieden in Afghanistan austauschen.

Der offizielle Besuch der Taliban findet statt, obwohl Irans Außenminister Sarif vor einem Monat erklärte, Iran habe die Taliban noch nicht aus der Liste terroristischer Organisationen gestrichen.

Geführt wurde die Delegation von Mullah Baradar Akhond. Er war Stellvertreter von Mullah Mohammad Omar und gilt seit 2009 als Führer der Taliban.

Bereits zwei Wochen zuvor hatte die zweite Runde der Friedensgespräche zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung in Katar begonnen, die aber schleppend vorangingen. Zugleich vollzog sich ein Regierungswechsel in den Vereinigten Staaten. Der neue Präsident Joe Biden hat sich bislang nicht konkret über seine Pläne für Afghanistan geäußert. Aber sein designierter Außenminister erklärte, die USA würden die Vereinbarungen zwischen den USA und den Taliban überprüfen. Politische Beobachter sind der Ansicht, dass das schleppende Vorankommen innerafghanischer Verhandlungen mit der Ungewissheit der künftigen Afghanistanpolitik der USA zusammenhängt.

Das Außenministerium in Kabul erklärte, über den Besuch der Taliban in Iran informiert gewesen zu sein. Dazu habe das Ministerium Teheran seine Ansichten und Vorschläge mitgeteilt. Unabhängig vom eigenen Standpunkt sollte Teheran die Taliban zu einem sofortigen Waffenstillstand, einem Friedensvertrag im Rahmen der afghanischen Staatsordnung und zur Bewahrung der in der afghanischen Verfassung enthaltenen rechtlichen Grundlagen und Werte drängen. Iran möchte die Sicherheit haben, dass Afghanistan nicht abermals zu einem Stützpunkt terroristischer Organisationen werde. Das Land solle auch in Zukunft regional und international zur Kooperation mit anderen Ländern bereit sein. Die Taliban sollten wissen, dass ihre gegenwärtige Strategie, den Krieg und das Blutvergießen fortzusetzen, sowohl in Afghanistan selbst als auch regional und international verachtet und gehasst werde.

Weiter heißt es in der Erklärung des afghanischen Außenministeriums: „Wir werden unsere Beratungen und unsere Zusammenarbeit mit allen Ländern der Region und international, somit auch mit der Islamischen Republik Iran, zur Wahrung und Stärkung der regionalen und internationalen Staatengemeinschaft und zur Unterstützung des afghanischen Volkes fortsetzen, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen.“

IRAN WILL TRUMP ÜBER INTERPOL VERFOLGEN

Einem Bericht der dpa vom 5. Januar zufolge hat Iran wegen des tödlichen Raketenangriffs auf den iranischen Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade Ghassem Soleimani am 3. Januar vor einem Jahr einen Fahndungsantrag gegen den zu der Zeit noch amtierenden amerikanischen Präsidenten Donald Trump und 47 weitere Personen bei Interpol eingereicht. „Wir haben diesbezüglich bei Interpol gegen 48 Personen, unter anderem gegen Trump, US-Kommandeure und Pentagonvertreter sowie gegen amerikanische Truppen in der Region eine Red Notice eingereicht“, sagte Justizsprecher Gholam-Hossein Esmaili. Auch die irakische Regierung habe sich bereit erklärt, diese Maßnahme zu unterstützen. Über die Red Notice (Rote Ausschreibung) kann ein Land andere Länder auffordern, bestimmte Personen zu verfolgen und festzunehmen.

Der Kommandant der iranischen, für Auslandseinsätze zuständigen, Al-Kuds-Brigade wurde im vergangenen Jahr, auf Befehl von Präsident Trump, nach der Ankunft auf dem Bagdader Flughafen auf dem Weg in die Stadt durch einen Raketenangriff getötet. Auch der populäre irakische Milizenführer Abu Mahdi al Muhandes kam bei dem Angriff ums Leben.

Soleimani war in Iran äußerst populär. Sein Tod löste in der iranischen Führung einen Schock aus. Politiker schworen Rache. Soleimani wurde wie ein Nationalheld gewürdigt. Millionen Menschen nahmen an den Trauerfeiern teil.

Auf Anfrage der dpa machte Interpol keine klare Aussage. Es hieß lediglich, Interpol sei es gemäß seiner Satzung verboten, etwaige Aktivitäten, die politisch, religiös, militärisch oder rassistisch motiviert seien, zu unternehmen. „Daher würde Interpol, falls oder wenn derartige Anfragen an das Generalsekretariat gerichtet würden, in Übereinstimmung mit unserer Verfassung und unseren Regeln, Anfragen dieser Art nicht berücksichtigen.“ Am 7. Januar erließ laut dpa ein Gericht in Irak einen Haftbefehl gegen Trump. Wie der Oberste Justizrat in Bagdad mitteilte, werde auch gegen „andere Komplizen bei diesem Verbrechen (Attentat gegen Soleimani), ob Iraker oder Ausländer“ ermittelt.

RACHE FÜR GENERAL SOLEIMANIS TOD WIRD IMMER WIEDER ANGEKÜNDIGT, ABER NICHT AUSGEFÜHRT

Am 3. Januar vergangenen Jahres wurde der iranische General Ghassem Soleimani, Oberbefehlshaber der Al-Kuds-Brigade, in der Nähe des Bagdader Flughafens auf Befehl des amerikanischen Präsidenten Donald Trump mit einem Raketenangriff getötet. Seitdem schwört die iranische Führung Rache, hat aber bislang die angekündigten Taten nicht umgesetzt.

Am 31. Dezember warnte der Nachfolger Soleimanis, General Esmail Ghaani, die USA: „Die Amerikaner sollten von (dem indisch-britischen Schriftsteller) Salman Rushdie lernen, wie man im Untergrund lebt. Denn die Islamische Republik wird den Tod Soleimanis vergelten.“

Das iranische Parlament hatte bereits vor einem Jahr eine „harte Rache“ beschlossen. Ähnlich äußerten sich immer wieder ranghohe Politiker, sie fügten aber auch die Worte „zu gegebener Zeit“ oder „mit Geduld und Bedacht“ hinzu.

Auch Revolutionsführer Ali Chamenei sagte unmittelbar nach dem Tod Soleimanis: „Die Täter können mit einer harten Vergeltung rechnen.“

Darüber, wie die Rache aussehen könnte, wurde und wird spekuliert. Ein Terroranschlag auf den Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte im Nahen Osten, Ostafrika und Zentralasien (CENTCOM) oder auf andere US-Kommandanten in der Region? Hossein Dehghan, Militärberater des Revolutionsführers, sagte dazu: „Man kann in den Staaten der Arroganz niemanden finden, der so viel wert wäre wie ein Haar von Soleimani.“

Andere hochrangige Politiker wie der Polizeipräsident Hossein Aschtari oder Justizchef Ebrahim Raisi erklärten, die Widerstandsfront werde entsprechend reagieren. Das würde bedeuten, dass Iran nicht selbst handeln würde, sondern die libanesische Hisbollah oder andere Gruppen in der Region dazu beauftragen würde.

Wiederum andere, wie der Vorsitzende des Ausschusses für Nationale Sicherheit und Außenpolitik, meinten, Iran wolle keinen Krieg, sondern nur Gleiches mit Gleichem vergelten.

Wenige Stunden nach dem Attentat hatte die US-Regierung über die Schweizer Botschaft in Teheran, die auch die Interessen der USA vertritt, eine Botschaft an die iranische Regierung geschickt. Nach iranischer Darstellung sollen die Amerikaner Iran vor unangemessenen Racheakten gewarnt haben. „Wenn ihr Rache üben wollt, dann tut nur etwas, was unserer Aktion angemessen ist.“

Am 8. Januar vergangenen Jahres griffen iranische Raketen zwei Stützpunkte in Irak an, die auch von US-Soldaten benutzt wurden. Dabei wurde niemand getötet. Die Angaben Washingtons über etwaige Verletzungen oder Schäden waren widersprüchlich. Iran hatte vor dem Angriff die irakische Regierung über die Aktion informiert. Somit waren auch die USA informiert und hatten Zeit genug, um ihre Truppen zu schützen. Die New York Times berichtete, Iran habe der Schweizer Botschaft mitgeteilt, mit diesem Angriff sei der Racheakt abgeschlossen. Daraufhin hätten die USA auf Reaktionen verzichtet.

Doch die iranische Führung scheint mit den Vorgängen nicht zufrieden zu sein und spricht immer noch von einer „harten Rache“. Präsident Hassan Rohani erklärte: „Das große iranische Volk und die freiheitsliebenden Völker in der Region werden ohne Zweifel den amerikanischen Verbrechern die schreckliche Tat vergelten.“ Ähnlich äußerte sich der Nationale Sicherheitsrat: „Die schwere Rache wird zur richtigen Zeit und am richtigen Ort kommen.“ Präsidentenberater Hessamaddin Aschna schrieb, Trump habe mit seiner riskanten Politik die Region in eine gefährliche Lage gebracht. „Wer die roten Linien überschreitet, muss die Folgen ertragen.“

Hossein Salami, Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden, sagte, die USA hätten „einen schweren“ Fehler begangen. Sein Stellvertreter, Ali Fatawi, erklärte: „Über Ort und Zeit der Vergeltung bestimmen wir.“

In Washington wurde vermutet, dass eine Vergeltung zum Todestag Soleimanis stattfinden würde. Um Iran zu warnen, wurde das militärische Potential der USA in der Golfregion erhöht. Man kann darüber spekulieren, ob Teheran hiervon beeindruckt war oder den Zeitpunkt für eine Aktion als ungünstig einschätzte und erst den Machtwechsel in Washington abwarten wollte. Jedenfalls blieb es bislang weiterhin bei den Drohungen.

In Bagdad nahmen am 3. Januar Tausende an einer Demonstration gegen die USA teil. Sie forderten den Abzug amerikanischer Truppen aus Irak. Nieder mit dem „großen Satan USA“ skandierten sie und bezeichneten den irakischen Ministerpräsidenten als „Agent der USA“. „Wir sagen Amerika und den Feinden des Islam, dass wir unseren Widerstand trotz des Blutvergießens fortsetzen werden“, zitierte AFP eine Anhängerin der Hasched-al-Schaabi.

17 MILLIARDEN DOLLAR FÜR AKTIVITÄTEN IN DER REGION

Mohammad Resa Naghdi, Viz Koordinator der Revolutionsgarden, sagte am 3. Januar im staatlichen Fernsehen, Iran habe in den vergangenen dreißig Jahren 17 Milliarden Dollar für diplomatische, kulturelle und militärische Aktivitäten in der Region ausgegeben. Er verteidigte Irans Politik in der Region und betonte, die Lage in einigen Ländern, wie Syrien und Irak, sei alarmierend, „sie brauchen unsere Hilfe.“

Vor etwa drei Monaten hatte Ali Fadawi, Vizekommandant der Revolutionsgarden, erklärt, Iran habe seit 2006 für seine Aktivitäten in der Region weniger als 20 Milliarden Dollar ausgegeben. Demgegenüber schrieb die Sprecherin des US-Außenministeriums, Morgan Ortagus, auf Twitter, Iran habe seit 2012 rund 16 Milliarden Dollar für den Einsatz in der Region ausgegeben. Doch nach Einschätzung der UN-Vertretung für Syrien lagen die Ausgaben Irans allein für Syrien bei durchschnittlich sechs Milliarden Dollar im Jahr. Im April letzten Jahres sagte Heschmatollah Falahatpischeh, ehemaliger Abgeordneter und Mitglied des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, Iran habe

innerhalb von zehn Jahren allein in Syrien eine Summe zwischen 20 und 30 Milliarden Dollar ausgegeben.

Über die tatsächlichen Ausgaben gibt es keine verlässlichen Zahlen. Doch unabhängig davon, wie hoch die Ausgaben sind, herrscht in der Bevölkerung Irans viel Unmut darüber, dass der Staat diese Summen im Ausland ausgibt, anstatt sie zur Bekämpfung der Armut im eigenen Land einzusetzen. Ein iranisches Sprichwort sagt sinngemäß, wenn das Licht zu Hause gebraucht wird, ist es eine Sünde, es in die Moschee zu tragen.

IRANISCHER DIPLOMAT IN BELGISCHER HAFT

Der iranische „Diplomat“ Assadollah Assadi, Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Wien, gehört nach Einschätzung politischer Beobachter zu den Hauptagenten des iranischen Geheimdienstes in Europa. Er wurde 2018 bei der Vorbereitung eines Attentats auf eine Versammlung der iranischen Volksmodschahedin in Paris in Deutschland verhaftet. In seinem Wagen wurden unter anderem zwei Notizbücher gefunden, in denen die Namen zahlreicher Mitarbeiter und Summen von Geldern vermerkt sind, die offenbar an Mitarbeiter gezahlt wurden. Zudem wurden Pläne zur Herstellung von Sprengstoff sichergestellt. Aus den Notizen geht weiterhin hervor, dass Assadi Reisen in ganz Europa unternommen hatte.

Gleichzeitig mit Assadi wurde ein Ehepaar in Belgien festgenommen, in dessen Auto Sprengstoff sichergestellt wurde. Das Ehepaar befand sich offenbar auf dem Weg nach Paris, wo der Anschlag verübt werden sollte. Die Bundesrepublik hat Assadi an Belgien ausgeliefert. Gegenwärtig findet gegen ihn und das Ehepaar ein Prozess statt. Assadi könnte zu einer Höchststrafe von 20 Jahren Haft verurteilt werden.

Das Regime in Teheran unternimmt alle möglichen Versuche, um Assadi freizubekommen. Der Vorschlag, ihn gegen einen schwedischen Mediziner iranischer Abstammung, der zum Tode verurteilt wurde, auszutauschen, blieb ohne Erfolg.

Nun hat das Außenministerium in Teheran zu dem Prozess Stellung genommen. Die Festnahme Assadis und der Prozess gegen ihn seien eine „ausgetüftelte Falle“, sagte der Sprecher des Ministeriums Said Chatibsadeh im Interview mit der Agentur Isna. Europäische Geheimdienste hätten gemeinsam mit den Volksmodschahedin einen Plan entworfen. „Assadi wurde unter inhumanen Umständen in Ländern, die sich zu Menschenrechten bekennen, festgenommen und sitzt jetzt im Gefängnis. In den ersten Monaten hatte er keinen Zugang zu einem Anwalt und wurde ständig verhört. Auch jetzt hatte er kaum Möglichkeiten zum Kontakt mit seiner Familie. Er wird seit Monaten unter unmenschlichen und unerträglichen Umständen festgehalten“, sagte Chatibsadeh. Er warnte die Europäer, mit „diesem Prozess gegen Assadi einen Präzedenzfall zu schaffen.“

Aus iranischer Sicht stellt die Festnahme Assadis einen Verstoß gegen die diplomatische Immunität und gegen internationales Recht dar. Doch der belgische Staatsanwalt entgegnete, Assadi sei in Österreich als Diplomat tätig gewesen, sei jedoch in Deutschland festgenommen worden. Daher komme die diplomatische Immunität für ihn nicht in Betracht. Die belgische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, er sei „der Kopf“ des versuchten Attentats auf die Versammlung der Volksmodschahedin gewesen. Assadi selbst bestreitet jede Beteiligung an dem Attentatsversuch. Das Urteil sollte am 22. Januar verkündet werden, wurde jedoch nach Mitteilung des Gerichts auf den 4. Februar vertagt.

Assadi ist der erste iranische Diplomat, der unter dem Vorwurf der Teilnahme an einem Attentatsversuch in Europa vor Gericht steht.

Außer Assadi steht das Ehepaar vor Gericht. Dessen Anwalt behauptet, der Sprengstoff, der in dem Auto des Ehepaars sichergestellt wurde, sei nicht stark genug gewesen, um jemanden töten zu können.

Angeklagt ist auch Mehrdad Arefi, ein früheres Mitglied der Volksmodschahedin. Laut Staatsanwaltschaft ist er mit Assadi verwandt; er lebt in Belgien. Der Staatsanwalt hat für Assadi eine Gefängnisstrafe von 20 Jahren, für das Ehepaar 18 Jahre und für Arefi 15 Jahre beantragt.